

P+R-Anlage ist überdimensioniert / am falschen Standort

In der GR-Sitzung vom 14.10.2014 wurde u.A. der die Schaffung einer Park+Ride (P+R)-Anlage nahe der Autobahn A96, im **nördlichen Auffahrtkreisel**, gegenüber der Einmündung der Etterschlagener Straße auf die Brucker Straße/B471 diskutiert. Die Anlage wäre für ca. 170 Plätze ausgelegt.



Ein verbindender Radweg zwischen Ort und P+R Anlage wurde ebenfalls angedacht. Die Befürworter argumentieren diese Anlage sei unbedingt nötig, um die Parker aus dem Ort zu bringen. Etliche Gemeinderäte der BIZ und der Grünen sehen dies komplett anders und lehnen das Projekt in dieser Form ab.

1. Die P+R-Anlage für ca. **170 Parkplätze** ist überdimensioniert. An der B471 zwischen Autobahnbrücke und Aral-Tankstelle parken heute nur wenige Fahrzeuge am Straßenrand – typischerweise weniger als 10 Fahrzeuge, also gerade mal 6% der geplanten Kapazität des P+R Platzes. Da stellt sich schon mal die Frage, ob Inning zusätzliche Parker von außerhalb gewinnen will. Wenn dem so ist, gibt es nur mehr Verkehr im Norden Innings und Innings Geschäfte werden trotzdem nicht von diesen zusätzlichen Parkern profitieren.

2. Die P+R-Anlage schafft **neue Verkehrsprobleme**: Da die Einfahrt zur P+R-Anlage gegenüber der Einmündung der Etterschlagener Straße auf die B471 errichtet würde, würde das Unfallrisiko an der nun erweiterten Kreuzung (unmittelbar neben der Autobahnbrücke) durch den zusätzlichen Abbiegeverkehr vom/zum P+R Parkplatz im Kreuzungsbereich zunehmen.

3. Die P+R-Anlage nutzt nur den Auswärtigen, aber **Inning zahlt** dafür. Anhand der Kennzeichen kann man erkennen, dass die Parker (und damit die potentiellen Nutzer) solch einer Anlage nicht aus Inning kommen. Werden Gebühren erhoben, werden die wenigen Parker woanders kostenlos parken. Also wird sich die P+R Anlage auch nicht rechnen.

4. Wie schon bei anderen Projektvorhaben würde das P+R-Projekt ohne hinreichenden Nutzen **Landschaft zerstören**: Neben den Kosten für eine überdimensionierte P+R-Anlage würde eine weitere Grünfläche ohne Nutzen für Innings Bürger zubetoniert und zusätzlicher Verkehr erzeugt.

Es bleibt zu hoffen, dass der Gemeinderat seine Position überdenkt und das Geld (**mind. 220 000 EUR Eigenanteil**) statt in diese überdimensionierte P+R-Anlage für Auswärtige lieber in sinnvolle Maßnahmen wie den Lärmschutz an der AB96 investiert. Schließlich gibt es ja bereits einen existierenden großen Ausweichparkplatz in Stegen. Falls dies wider Erwarten nicht ausreichen sollte, könnte man gemeinsam mit Wörthsee, einen P+R-Standort an der AB-Ausfahrt Wörthsee ins Auge fassen. Schließlich hat Inning dem interkommunalen Gewerbegebiet schon genügend „eigene“ Fläche geopfert.

Geplante Windkraftanlage (WKA) auf dem Martinsberg

Die Gemeinde Inning plant seit dem Jahr 2011 zusammen mit den Stadtwerken München, auf dem Martinsberg nördlich der Autobahn und an den Gemarkungsgrenzen der Nachbargemeinden Ettersschlag und Grafrath die Errichtung einer Windkraftanlage. Ursprünglich waren sechs Windräder, derzeit drei, mit einer Höhe von ca. 200 mtr geplant. Da solche Anlagen in der Bevölkerung durchaus umstritten sind, hat der GR in seiner Sitzung am 11.11.2014 beschlossen, die Bürger im Rahmen eines **Ratsbegehrens** über diese Planung mitbestimmen zu lassen. Die Abstimmung ist für Februar 2015 geplant, die zu entscheidende Frage wird aktuell festgelegt.

Wir begrüßen es grundsätzlich, dass kontroverse kommunalpolitische Entscheidungen über Rats- oder Bürgerbegehren von den Bürgern basisdemokratisch mitentschieden werden. Allerdings ist das nur sinnvoll, wenn für die betroffenen Bürger ein **Meinungsbildungsprozess durch Information und Diskussion** möglich ist. Alle relevanten Fakten müssen mit genügend Vorlauf auf den Tisch kommen. Im Unterschied zu unseren Nachbargemeinden, in denen das Thema WKA-Inning bereits seit mehr als einem Jahr die Bürger umtreibt, fand eine öffentliche Diskussion in Inning bisher kaum statt. Deshalb möchten wir hier einige **Punkte aufführen**, die jeder Bürger für sich selbst klären sollte.

1. Der Landkreis Starnberg hat beschlossen, bis zum Jahr 2035 **energie-autark** zu werden. Windkraftanlagen können hierzu einen wichtigen Beitrag liefern.

2. Inning liegt in einer der schönsten Kulturlandschaften mit einem hohen Wohn- und Freizeitwert. **200 mtr hohe Wind-**

energieanlagen auf dem Martinsberg wären weit sichtbar und würden das **Landschaftsbild** empfindlich beeinflussen. Die Errichtung und der Betrieb solcher industriellen Anlagen erfordern die Rodung größerer Waldgebiete und entsprechende Zufahrtsstraßen.

3. Windkraftanlagen stellen eine nicht unerhebliche **Gefährdung für Großvögel und Fledermäuse** dar. Jährlich kommen dadurch zahlreiche Greifvögel und Fledermäuse um. Das Naturschutzgebiet Ampermoos ist eines der wichtigsten Brutgebiete für eine Reihe geschützter und seltener Vogelarten. Im Waldgebiet am Martinsberg wurden u. A. der seltene und absolut geschützte **Rotmilan** sowie der **Wespenbussard** nachgewiesen. Im Umweltgutachten der GFN aus 2014 heißt es abschließend: „Insgesamt ist das Untersuchungsgebiet hinsichtlich einer etwaigen Windkraftnutzung als sehr konfliktträchtig einzuschätzen. Große Teile der Konzentrationsfläche sind aufgrund der Nähe zum Horst des Rotmilans bzw. zu seinen regelmäßig genutzten Jagdgebieten sowie aufgrund der noch geringeren Entfernung zum vermutlichen Nistplatz des Wespenbussards **als Tabuflächen anzusehen.**“ Auch im von der Gemeinde Inning in Auftrag gegebenen „Umweltbericht nach §2a BauGB“ vom 17.01.12 heißt es: „Aufgrund der Lage zwischen den bedeutsamen Lebensräumen Ampermoos und Ammersee können **Konflikte mit dem speziellen Artenschutzrecht** bzw. dem § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG nicht ausgeschlossen werden. Dies ist v. a. begründet durch das Brutvorkommen kollisionsgefährdeter Vogelarten (Rotmilan etc.), durch Störungen und potenziell hohe Kollisionsrisiken von Zugvögeln sowie das Vorkommen kollisionsgefährdeter Fledermausarten.“ Nicht zuletzt auf Grund der Gefährdung seltener Vogelarten hat der **Landkreis FFB** eine ursprünglich geplante Konzentrationsfläche für WKAs auf dem Gebiet der Gemeinde Grafrath im Anschluss an die Inninger Fläche zur **Tabuzone für WKAs** erklärt.

4. Windkraftanlagen werden i.d.R. in eigene Gesellschaften ausgegliedert und zahlen damit u.U. **Gewerbsteuer**. Für deren Aufteilung ist wichtig, ob auch der Betreiber in der Gemeinde angesiedelt ist. Falls nicht, fällt ein Teil der Standortgemeinde des Betreibers zu. <http://www.walter-witzel.de/Gewerbe.pdf>

5. Die **Wirtschaftlichkeit** einer Windkraftanlage hängt maßgeblich von den Windverhältnissen am geplanten Standort ab. Nach Medienberichten ¹⁾ ²⁾ sind **zwei Drittel aller deutschen WKAs unwirtschaftlich**, mehr als ein Drittel sogar defizitär. Der Grund hierfür sind zu kleine Windgeschwindigkeiten und zu geringe Volllaststundenzahlen (Betrieb mit Nennleistung) an den gewählten Standorten. Legt man die neuesten Daten des bayerischen Windatlasses zugrunde, so sind am Standort Martinsberg Windgeschwindigkeiten von etwa 5,2 m/s zu erwarten bei ca. 1500 Volllaststunden. Werte unter ca. 2000 Volllaststunden gelten allgemein als nicht wirtschaftlich. Wichtig erscheint uns eine **tatsächliche Messung** (Windstärke, Verteilung übers Jahr, in verschiedenen Höhen) der Windverhältnisse vor Ort – keine hochgerechneten Werte.

6. **Lokale Stromversorgung** macht unabhängig von großflächigen Stromtrassen, deren Planung und Bau Jahre dauert.

7. Windkraftanlagen erzeugen für das menschliche Ohr unhörbaren **Infraschall** mit sehr hohen Amplituden unterhalb von 20 Hz, der sehr lange Ausbreitungswege hat und nur schwach gedämpft wird. Dass Infraschall nicht hörbar ist, bedeutet nicht, dass er nicht vom Körper registriert wird oder gesundheitlich unbedenklich wäre.

8. Der bayerische Landtag hat Anfang November die so genannte **10H-Regelung** beschlossen. D.h. neu errichtete WKAs müssen zur Wohnbebauung einen Mindestabstand der zehnfachen Höhe der Windräder einhalten, also bei 200 m Höhe einen Abstand von 2 km. Diese Regelung soll einen Mindestschutz der Gesundheit und des Wohlbefindens der Anwohner sicherstellen. Ob diese neue Regelung auch bei unserer schon länger geplanten Anlage in Inning Anwendung findet, muss geprüft werden.

9. Wir alle wollen eine Energiewende erreichen mit Energieeinsparung sowie Nutzung aller regenerativen Möglichkeiten zur Verringerung der **CO2-Belastung**. Da der Strom aus WKAs nicht großflächig speicherbar ist, werden zum Ausgleich der windabhängigen Einspeiseschwankungen verstärkt Kohle- und Gaskraftwerke eingesetzt, verbunden mit zusätzlicher CO2-Produktion, die die **Klimaschutzziele** gefährdet.

10. Die letzten Informationen sprechen von einer Verteilung der Kosten von 51 % für die Gemeinde und 49 % für die Stadtwerke München. Auch eine **Möglichkeit zur Bürgerbeteiligung** soll es geben. In diesem Fall müssen für die Bürger die vertraglichen Bedingungen genau erklärt sein – Themen wie Nachzahlungspflicht, Nachrangigkeit, etc.

¹⁾ http://www.focus.de/immobilien/energiesparen/wirtschaft-schlaraffenland-ist-abgebrannt_id_4242422.html

²⁾ <http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=46799>

Wie geht es weiter ?

Der GR hat beschlossen die Bürger zu informieren - eine **Infoveranstaltung** ist für Jan. 2015 geplant. Im Feb. 2015 sollen dann die **Bürger abstimmen** können. Die BIZ hat sich bereits mit CSU-Gemeinderäten aus den Nachbarorten getroffen und den Betreiber der WKA in Mammendorf besucht.

Kontakt

Sie finden die Kontaktdaten (Email, Tel.) unseres Vorstands und unserer Gemeinderäte im Kontakt-Bereich unserer

Homepage : www.bi-fuer-innings-zukunft.de

Sie wollen mitmachen? Unser Arbeitskreis trifft sich einmal im Monat. Kontaktieren Sie unseren Vorstand.

Vielen Dank - Ihre BIZ.